

ödp im Ortsbeirat Lerchenberg, Fontanestr. 82, 55127 Mainz

Politik, die aufgeht. ödp.

Staatskanzlei RLP
Herrn Ministerpräsident Beck
-persönlich-

Mainz

Mainz, 9.1.2007

Ihre grob fehlerhafte Regierungserklärung zum Thema Fraport-Ausbau

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Beck,

meine nochmals beigefügte Beschwerde vom 7.7.2006 über die Verweigerungshaltung der Landesregierung in Sachen Fraport-Ausbau bzw. Fluglärm haben Sie unbeantwortet gelassen. Um Wiederholungen zu vermeiden, verweise ich auf die beiliegenden Abdrucke.

Bei allem Verständnis für Ihre Belastung durch die Ämterhäufung, gibt es dennoch Dinge, die Chefsache sein sollten, vor allem, wenn der Regierungsapparat in Lähmungsstarre versinkt.

Der Leiter der Abteilung Straßenbau und Verkehr des Ministeriums VWLW hat eine zielführende Beantwortung meines von Ihnen wegen "sehr fachspezifischer Bewertungen" delegierten Schreibens vom 7.6.2006 verweigert mit der Begründung, meine Auffassungen decken sich nicht mit denen der Landesregierung. Dies ist sattsam bekannt und wenn ich nicht anderer Meinung wäre, hätte ich mich auch nicht mit unwiderlegbaren Fakten an Sie persönlich gewandt.

Ich frage mich, ob in der Landesregierung der argumentative Notstand herrscht oder ob eine Mischung aus Hilflosigkeit, Überheblichkeit und Abhängigkeit für das Verwaltungshandeln bestimmend ist. Jedenfalls ist es kein Stil, sich dezidierten Fragen zu entziehen. Damit wird auch Ihre Reputation in der zur Fraport-Problematik grob fehlerhaften Regierungserklärung erschüttert.

Die immer wieder strapazierte Ausrede, die Landesregierung sei ja für die Nordost-Variante, ist seit dem anrühigen "Ticona-Deal" ins Nirwana entschwunden. Ob diese von MP Koch und Fraport-Chef Bender eingefädelte Geldverschwendung den Straftatbestand der Veruntreuung erfüllt, mag noch Juristen ernähren. Jedenfalls ist es befremdlich, dieses fragwürdige Geschäft im Ergebnis aus Steuergeldern zu finanzieren. Denn Fraport ist kein gewöhnlicher Wirtschaftsbetrieb, sondern mehrheitlich eine Beteiligungsgesellschaft von Bund, Land Hessen und der Stadt Frankfurt.

Und was soll man von einer Gefälligkeitsjustiz halten, die mit großer Wortakrobatik Luftkorridore zu Flächen erklärt um die Seveso-Richtlinien über Verkehrswege unterlaufen zu können, während die Interessenvertreter genau vom Gegenteil ausgehen und zeitgleich ein Millionengeschäft zum Schaden der Menschen und der öffentlichen Kassen anschieben.

Wenn die Landesregierung RLP bei dieser für unsere Region verheerenden Situation von einer dem Gemeinwohl dienenden Abwägung spricht, ist das eine Brüskierung nicht nur der Bevölkerung, sondern auch der gesamten Kommunalpolitik über alle Parteigrenzen hinweg.

Trotz all Ihrer Belastungen sehe ich Ihrer persönlichen Stellungnahme mit großer Erwartung entgegen.

Ich habe mir erlaubt, den fruchtlosen Schriftverkehr mit Ihnen, dem ehemaligen Landtagspräsidenten Grimm und der Landesregierung ins Internet zu stellen, abrufbar per Direktlink <http://www.oedp-lerchenberg.de/fluglaerm.html>

Mit freundlichen Grüßen

(Hartmut Rencker)

Anlagen

Eingabe vom 7.6.2006

Antwortverweigerung Verkehrsministerium RLP

Beschwerde vom 7.7.2006

Ökologisch-Demokratische Partei

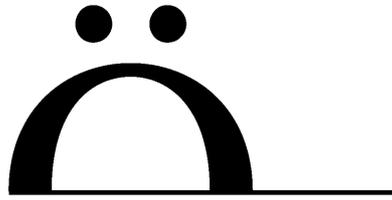
im Ortsbeirat Mainz-Lerchenberg

55127 Mainz, Fontanestr. 82

Tel.: 06131-72801

E-mail: h.rencker@oedp-lerchenberg.de

www.lerchenberg-aktuell.de



ödp. Ortsbeiratsfraktion Lerchenberg, Fontanestr. 82, 55127 Mainz

Politik, die aufgeht. ödp.

Staatskanzlei RP
Herrn Ministerpräsident Beck
-persönlich-

Mainz

Mainz, 7.6.2006

Ihre Regierungserklärung zum Thema Fraport

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Beck,

in der Auseinandersetzung um die für die Bevölkerung und auch die Wertigkeit von Mainz und der Region verheerende Fluglärmproblematik habe ich mich schon oft persönlich an Sie gewandt, aber nie eine zielführende Antwort erhalten. Sogar zwei Beschwerden an Landtagspräsident Grimm sind ins Leere gegangen.

Zorn und Erbitterung herrschen in Mainz über die immer unerträglicher werdende Verlärmung der Hauptwohngebiete unserer Stadt durch den Flugbetrieb. Dies gilt in besonderem Maße für die einstmals mit öffentlichen Mitteln massiv geförderte Exklave Lerchenberg, die gleich von zwei Flugplätzen regelrecht terrorisiert wird, aber auch für Marienborn, Hechtsheim, Frankenhöhe, Weisenau usw. Bedauern muss ich das Stillschweigen der Landesregierung oder sogar die offene Befürwortung der für unsere Region katastrophalen Planungen von Fraport.

Ihre Regierungserklärung zum Thema Fraport-Ausbau nehme ich erneut zum Anlass, mich an Sie zu wenden. Die von Ihnen vertretenen Optionen sind so realitätsfern, dass diese nicht unwidersprochen bleiben können. Die von der Landesregierung immer wieder strapazierte Vision einer Nordostbahn ist eine an Peinlichkeit und Hilflosigkeit nicht zu überbietende Ausrede. Dies gilt nicht weniger für das undurchsetzbare Nachtflugverbot oder eine "Optimierung" der Flugrouten.

Die derzeitigen Flugrouten wurden aus kapazitäts- und sicherheitstechnischen Zwängen festgelegt und können bei der dichten Flugstaffelung nicht rückgängig gemacht werden. Es ist ganz einfach unmöglich, in unserer dicht besiedelten Region im Slalom anzufliegen, um Menschen zu schonen, denn Menschen sind überall. Von einer Optimierung zu sprechen, ist Illusion, denn nicht die Menschen sondern die Sicherheitsaspekte stehen in der von der Flugsicherung bestimmten Rangfolge an erster Stelle. Und ein Nachtflugverbot lehnt der Fraport-Miteigentümer Lufthansa apodiktisch ab. Für diesen Fall hat LH bereits mit dem Abzug von 7600 Arbeitsplätzen gedroht.

Ganz düstere Zukunftsaussichten drohen mit dem Riesenterminal-Süd, das weitab von der geplanten Nordwestbahn, jenseits der alten Doppelbahnen gebaut werden soll. Das kann nur der Einstieg in die Vision zusätzlicher Südbahnen sein.

Unfassbar ist die Zielvorstellung, den "Innenstadtflugplatz" der Megapolis Rhein-Main zum Super-Hub mit mehr als einer Million Flugbewegungen im Jahr zu entwickeln. Fraport droht in seiner eigenen Hauspostille vom September 2004 unverfroren damit, dass ohne exzessiven Ausbau der Flugplatz in die regionale Bedeutungslosigkeit zurückfallen würde, weil es weltweit nur Bedarf für ca. neun Riesenflugplätze gebe. Damit wird Fraport zum Fluch für die Region und zur qualitativen Verödung unseres Großraumes führen. Mit dieser Einschätzung befinde ich mich im Einklang mit der Stadtführung.

Eine Verhöhnung der Menschen stellt das im Gesetzgebungsverfahren befindliche Fluglärmsgesetz mit seiner Mittelungssystematik dar, wonach eine Kanone so leise ist wie ein Fisch, weil sie ja nicht ständig schießt. Damit wird die Funktion eines Weckers geleugnet! Dazu kommt der besonders unangenehme Frequenzgang durch Aufheulen der Triebwerke beim Eindrehen und Suchen des Leitstrahls. Auf dem insgesamt eher ruhigen Lerchenberg wird die Höhe der Lärmamplitude einschneidender erlebt, als bei ständigem Hintergrundgeräusch. Und bedenken Sie bitte, dass man zwar die Augen schließen kann, nicht aber die Ohren. Die Einheit Gehör/Gehirn arbeitet selektiv. Schall mit einem evolutionär behafteten Gefährdungssignal (Heulen, Jaulen) führt zur Adrenalinausschüttung als Grundvoraussetzung für eine von der Natur vorgesehene Flucht- oder Verteidigungsreaktion. Dem kann sich kein Mensch entziehen. Das menschliche Ohr ist nicht gesetzeskonform!

Sattsam bekannt ist, wie sehr wir gerade unter den besonders lärmintensiven Eindrehvorgängen in den Landekorridor zum Flugplatz Frankfurt leiden. Die Maschinen fliegen dabei besonders niedrig im Steigflug, weil sich diese nur von unten in den Leitstrahl einklinken können. Ansonsten müssten die Flugzeuge von oben kommend im gemäßigten Sturzflug den Leitstrahl suchen. Dass dies nicht machbar ist, bedarf keiner Erklärung. Somit sind alle Angaben zur Überflughöhe nur fiktive Werte, weitab von der Realität. Als Konsequenz all dieser Belastungen erwägt die Stadt Mainz, ausgedehnte Verbote für reine Wohnbebauung zu erlassen, weil es kaum noch eine Stelle gibt, in der die Lärmgrenzwerte eingehalten werden. Geradezu pervers ist, dass der Flugbetrieb nur zu etwa 20 % von der Region hervorgebracht wird. Der große Rest ergibt sich aus reinen Umsteigevorgängen von Weiterfliegern und Fracht für ganz Europa.

Abschließend erlaube ich mir noch ein paar Gedanken zum Allheilmittel Wachstum. Die magische Wachstumsrate von 3% führt über 100 Jahre gerechnet durch den Zinseszinsseffekt zu einer Verzwanzigfachung und alleine der nominelle Wachstumsanteil erhöht sich von 3% auf fast 60 Prozentpunkte, bezogen auf das Ausgangsjahr. Grafisch dargestellt, entspricht die Wachstumskurve einer Hyperbel. Dass so etwas nicht funktionieren kann, erleben wir derzeit, nur kein Entscheidungsträger scheint das erkennen zu wollen.

Ihrer Stellungnahme sehe ich mit großer Erwartung entgegen.

Mit freundlichen Grüßen

(Hartmut Rencker)

Ökologisch-Demokratische Partei

im Ortsbeirat Mainz-Lerchenberg

55127 Mainz, Fontanestr. 82

Tel.: 06131-72801

E-mail: h.rencker@oedp-lerchenberg.de

www.lerchenberg-aktuell.de

RheinlandPfalz



Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau · Postfach 32 69 · 55022 Mainz

ÖDP
Ortsbeiratsfraktion Lerchenberg
Herrn Hartmut Rencker
Fontanestr. 82
55127 Mainz

Ministerium für Wirtschaft, Verkehr,
Landwirtschaft und Weinbau

Stiftsstraße 9, 55116 Mainz

Geschäftszeichen
8709-9184

Ansprechpartner(in)/E-Mail
Gernot Keßler
gernot.kessler@mwwlvw.rlp.de

Telefon/Fax
(0 61 31) 16-22 22
(0 61 31) 16-17 22 22

Datum
21. Juni 2006

Fluglärmbelastung durch den Flughafen Frankfurt-Main

Ihr Schreiben v. 07. Juni 2006

Sehr geehrter Herr Rencker,

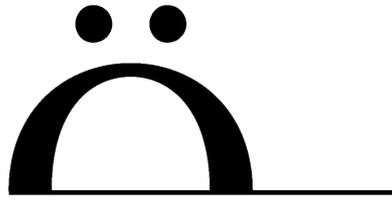
ich beziehe mich auf Ihr an Herrn Ministerpräsidenten Beck gerichtetes Schreiben. Ich wurde gebeten, Ihnen zu antworten.

Wie dem bereits intensiven Schriftwechsel zu entnehmen ist, decken sich Ihre Auffassungen der Fluglärmbelastung sowie der wirtschaftlichen Bedeutung des Flughafenbetriebes nicht mit denen der Landesregierung. Dies bedaure ich unter Hinweis auf die Ihnen bereits dargelegten Hintergründe.

Gleichzeitig versichere ich Ihnen, dass die Landesregierung sich weiterhin für eine dem Gemeinwohl dienende und alle abwägungserheblichen Belange berücksichtigende Entwicklung des Flughafens Frankfurt-Main einsetzen wird.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Dr. Lothar Kaufmann
Leiter der Abteilung Straßenbau und Verkehr



ödp im Ortsbeirat Lerchenberg, Fontanestr. 82, 55127 Mainz

Politik, die aufgeht. ödp.

Staatskanzlei RLP
Herrn Ministerpräsident Beck
-persönlich-

Mainz

Mainz, 7.7.2006

Ihre Regierungserklärung zum Thema Fraport

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Beck,

meine nochmals beigefügte Eingabe haben Sie wegen "sehr fachspezifischer Bewertungen" zur Beantwortung delegieren lassen. Der Leiter der Abteilung Straßenbau und Verkehr des Ministeriums WVLW hat eine zielführende Beantwortung verweigert mit der Begründung, meine Auffassungen decken sich nicht mit denen der Landesregierung. Dies ist satzungsbekannt und wenn ich nicht anderer Meinung wäre, hätte ich mich auch nicht mit unwiderlegbaren Fakten an Sie persönlich gewandt.

Ich frage mich, ob in der Landesregierung der argumentative Notstand herrscht oder ob eine Mischung aus Hilflosigkeit, Überheblichkeit und Abhängigkeit für das Verwaltungshandeln bestimmend ist. Jedenfalls ist es kein Stil, sich dezidierten Fragen zu entziehen. Damit wird auch Ihre Reputation in der zur Fraport-Problematik grob fehlerhaften Regierungserklärung erschüttert.

Die Landesregierung rotiert um drei immer wieder strapazierte Ausreden, die alle nicht tragfähig sind. Das sind:

- die gar nicht zur Diskussion stehende Nordostvariante, die Mainz übrigens nicht weniger, sondern eher mehr belasten würde,
- das vom Fraport-Teileigentümer Lufthansa apodiktisch abgelehnte Nachtflugverbot. So hat LH bei einer Verwirklichung mit dem Abzug von 7600 Arbeitsplätzen gedroht !
- die bei der hohen Flugdichte gar nicht mögliche Änderung der Anflugrouten.

Wie ich bereits erläutert habe, stellen die derzeitigen Flugrouten das Ergebnis einer "Optimierung" dar. Die aktuellen Flugrouten wurden aus kapazitäts- und sicherheitstechnischen Zwängen festgelegt und können bei der dichten Flugstaffelung nicht rückgängig gemacht oder spürbar korrigiert werden. Von einer gerechteren Gestaltung der Flugrouten zu sprechen ist Unsinn, denn Menschen sind überall und nicht die Menschen, sondern die Sicherheitsaspekte stehen in der Rangfolge an erster Stelle.

Nach § 27c (1) LuftVG dient die Flugsicherung der sicheren, geordneten und flüssigen Abwicklung des Luftverkehrs. Diese Bestimmung bezieht sich auf die Kapazität des Flughafens, die auf der planfestgesetzten Einrichtung abgewickelt werden kann. Damit ist die DFS und das LFBA in der Pflicht, alles zu unternehmen, um dem genehmigten Flughafen den Betrieb zu ermöglichen. Der Schutz der Bevölkerung ist nachrangig und ist an verschiedenen Stellen nur unscharf als Ziel formuliert.

Genau dieser gesetzlichen Vorgabe ist der Hessische Verwaltungsgerichtshof gefolgt und hat erst kürzlich die Klage der Stadt Mainz und weitere Klagen von Zivilpersonen abgewiesen. Die Stadt Mainz hat viel Geld in den Prozess gesteckt und verzichtet dennoch auf eine Nichtzulassungsbeschwerde, weil die Rechtslage keine Erfolgsaussicht bietet.

Wenn die Landesregierung bei dieser für unsere Region verheerenden Situation von einer dem Gemeinwohl dienenden Abwägung spricht, ist das eine Brüskierung nicht nur der Bevölkerung, sondern auch der gesamten Kommunalpolitik über alle Parteigrenzen hinweg.

Trotz all Ihrer Belastungen sehe ich Ihrer persönlichen Stellungnahme zu den drei Kernpunkten meines Vorbringens mit großer Erwartung entgegen.

Mit freundlichen Grüßen

(Hartmut Rencker)

Ökologisch-Demokratische Partei
im Ortsbeirat Mainz-Lerchenberg
55127 Mainz, Fontanestr. 82
Tel.: 06131-72801
E-mail: h.rencker@oedp-lerchenberg.de
www.lerchenberg-aktuell.de